

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 17. März 2020

Aktuelle Stunde

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit dem Zustand der Schulgebäude in NRW beschäftigt. Grundlage war ein Antrag der SPD-Fraktion, die fehlende Investitionen für Sanierungen bemängelte. S. 7

Rundfunk

Die Landesregierung plant Maßnahmen zur Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks. In einer Anhörung äußerten sich Sachverständige zur Strategie „Radio in NRW 2022“. S. 9-11

Gedenken

Der Landtag hat mit einer bewegenden Veranstaltung an die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau vor 75 Jahren erinnert und der Opfer des Holocaust gedacht. S. 12-13



Strategien gegen Corona

Landtag debattiert über
Eindämmung des Virus

INHALT



Foto: Schälte

Neue Strategie für den Rundfunk

<u>Sachverständige äußern sich zu Plänen der Landesregierung</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Aus dem Plenum

<u>Nordrhein-Westfalen</u>	
<u>in Zeiten von Corona</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Debatte um Sanierungsstau</u>	S. 7
<u>Personalmangel in Kitas</u>	S. 8

Forum

<u>Ein Holocaust-Überlebender –</u>	
<u>ein Düsseldorfer</u>	S. 12

<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 14
---------------------------------	-------

Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u>	S. 16
------------------------	-------

Forum

<u>Wahrheit oder Fälschung?</u>	S. 17
---------------------------------------	-------

<u>Gesetzgebung</u>	S. 18
---------------------------	-------

Im Porträt

<u>Jochen Ritter (CDU)</u>	S. 19
----------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u>	S. 20
---------------------------	-------

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 12. März 2020, 19 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Nordrhein-Westfalen in Zeiten von Corona

Landtag debattiert über Maßnahmen gegen das Virus

11. März 2020 – Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit den meisten Corona-Fällen. Besonders betroffen: der Kreis Heinsberg, in dem Ende Februar zunächst ein Ehepaar positiv getestet worden war. Über Strategien gegen die Ausbreitung des Virus debattierte der Landtag nach einer Unterrichtung durch Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU).



Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU)

„Die Corona-Pandemie stellt uns vor große Herausforderungen“, sagte Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Rund die Hälfte der Infizierten in Deutschland stamme aktuell aus Nordrhein-Westfalen. Die Ausbreitung des Virus müsse „so gut wie möglich“ verzögert werden. Es gelte, ältere und vorerkrankte Menschen zu schützen. Priorität habe zudem, dass die Infrastruktur des Gesundheitswesens funktionsfähig bleibe. „Wir werden die Krise nicht bewältigen ohne Einschränkungen im öffentlichen Leben“, sagte Laumann. Daher habe sein Ministerium veranlasst, dass Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmenden abgesagt werden.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** sagte, dass viele Menschen im Land Sorgen hätten wegen der Ausbreitung des Coronavirus. Diese Menschen dürften nicht alleingelassen werden. Er verwies darauf, dass Ende Januar in Deutschland die ersten Corona-Fälle aufgetreten seien. Am 13. Februar 2020 habe das Robert Koch-Institut vor der Möglichkeit einer Pandemie gewarnt. Doch statt aktiv zu werden, habe Minister Laumann damals noch versucht, die Sache eher kleinzureden, kritisierte Kutschaty. Ziel müsse jetzt sein, kurzfristig und schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass es nicht zu einer Situation wie in Italien komme.

Peter Preuß (CDU) entgegnete, das Coronavirus sei „nicht geeignet für parteipolitische Auseinandersetzungen“. Das Gesundheitssystem in Nordrhein-Westfalen sei „gut vorbereitet“. Es gehe darum, das Infektionsrisiko zu minimieren, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und das Vertrauen der Menschen in das Gesundheitssystem zu stärken. Preuß begrüßte den Erlass des Landesgesundheitsministeriums zu Großveranstaltungen, durch den kommunale Gesundheitsämter nun Rechtssicherheit erhielten. Die Maßnahmen zielten auf Veranstaltungen, die man „nicht notwendigerweise“, sondern freiwillig besucht.

„Kein Anlass zur Panik“

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) betonte, dass seine Fraktion und der gesamte Landtag an der Seite der Landesregierung stünden beim Kampf gegen die Ausbreitung des Virus. Maßnahmen dürften nicht an Geld scheitern. Für vernünftige Maßnahmen würden alle nötigen Mittel bereitgestellt. Mostofizadeh sah vor allem bei der Kommunikation Nachholbedarf. Ziel müsse eine Plattform sein, auf der den Bürgerinnen und Bürgern alle Informationen zum Thema Corona zur Verfügung gestellt würden. Zudem forderte er einen Fonds, um zusätzliches Fachpersonal für die intensivmedizinische Betreuung in Kliniken sicherzustellen.

Susanne Schneider (FDP) sagte, es bestehe „kein Anlass zur Panik oder zur Hysterie“. Besonders ihr Vorredner der SPD-Fraktion habe aber genau das getan: Panik verbreitet. „Das ist das Schlimmste, was diesem Land im Moment passieren kann.“ Gefordert sei ein besonnener Umgang mit der „beginnenden Pandemie“. Schneider lobte eine transparente Informationspolitik des Landesgesundheitsministeriums. Mit Blick auf Spiele der Fußball-Bundesliga, die ohne Zuschauer stattfinden, sagte Schneider, diese Maßnahme sei notwendig, um eine Verlangsamung der Inflationsraten zu erreichen und das Risiko unkontrollierter Übertragungen zu verringern.

Dr. Martin Vincenz (AfD) sprach von einer „unglaublichen Dynamik“, die es bei dem Thema Corona gebe. Er danke Minister Laumann für dessen Bericht. Es gehe nun darum, den Spagat zu schaffen zwischen einer berechtigten Vorsicht und Panikmache. Wichtig sei, die geschätzt 20 Prozent der Menschen zu schützen, denen durch eine Infektion schwere oder sogar lebensbedrohliche medizinische Folgen drohten. Vincenz kritisierte zugleich ein „Wegducken“ der Kanzlerin. Die Menschen benötigten Klarheit. Die Lage sei ernst. Andererseits könne dies die erste Pandemie sein, die aktiv vom Menschen eingedämmt werden könne. *tob, wib*

Fotos: Schälte



Thomas Kutschaty (SPD)

Peter Preuß (CDU)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Susanne Schneider (FDP)

Dr. Martin Vincenz (AfD)



Wasserstoff

12.2.2020 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen Nordrhein-Westfalen als „Modellregion für eine Wasserstoffwirtschaft“ positionieren. Als universell einsetzbarer Energieträger sei treibhausgasarmer Wasserstoff ein „zentraler Baustein einer Energieversorgung der Zukunft“, heißt es in einem Antrag ([17/8589](#)) der Fraktionen, über den der Landtag beraten hat. Ein Standortvorteil sei, dass nordrhein-westfälische Unternehmen und Forschungsinstitute bereits gut aufgestellt seien. Im Rahmen der Initiative „IN4climate.NRW“ fördere die Landesregierung beispielsweise Projekte zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe, den Einsatz von Wasserstoff in Raffinerien und Versuche in der Stahlproduktion. Aktuell seien die Technologien noch nicht wettbewerbsfähig. Bis Ende 2020 solle die Landesregierung daher eine „Wasserstoff-Roadmap“ entwickeln – ein Leitkonzept, um „Investitionen in die Produktentwicklung und den Infrastrukturaufbau attraktiver zu gestalten“. Zudem solle sie mit an einer nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung arbeiten. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (federführend) überwiesen.

Wahlalter

12.2.2020 – Das Wahlalter bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wird nicht von 18 auf 16 Jahre abgesenkt. Die SPD-Fraktion hatte einen Entwurf für ein „Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken; [17/5619](#))“ in den Landtag eingebracht. Dieser wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD in zweiter Lesung abgelehnt. Die SPD-Fraktion hatte u.a. argumentiert, dass sich mittlerweile deutschlandweit rund 300.000 Schülerinnen und Schüler an den „Fridays for Future“-Demonstrationen beteiligten und „auch in Nordrhein-Westfalen rund 30.000 junge Menschen ihre Meinung kundtun“. Daher solle der jüngeren Generation die Möglichkeit der direkten politischen Beteiligung gegeben werden.

Tempolimit

12.2.2020 – „Die Zeit ist reif – Tempolimit auf Autobahnen jetzt!“ So lautet ein Antrag ([17/8577](#)) der Grünen-Fraktion, über den die Abgeordneten im Plenum diskutiert haben. Nicht nur Umweltverbände, auch Verkehrs- und Unfallforscher setzten sich für eine Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit ein, heißt es darin. „Selbst der ADAC steckt sein bisheriges Motto ‚Freie Fahrt für freie Bürger‘ in die Mottenkiste und spricht sich nicht mehr gegen ein Tempolimit aus.“ Warum ausgerechnet Deutschland als einziges Land in Europa und als eins von zehn Ländern weltweit unbegrenzte Geschwindigkeiten auf seinen Autobahnen zulasse, sei nicht nachzuvollziehen. Die Landesregierung solle sich im Bund für ein bundesweites Tempolimit einsetzen und im Rahmen eines Modellversuchs für alle Autobahnabschnitte in NRW, in denen es „bislang keine intelligente Verkehrssteuerung oder feste Tempobeschränkungen“ gebe, ein Tempolimit von 130 km/h einführen. Nach zwei Jahren seien das Unfallgeschehen und der CO₂-Ausstoß zu evaluieren. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD und die Grünen stimmten dafür. Ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion ([17/8642](#)) wurde ebenfalls abgelehnt.

Radiopharmaka

12.2.2020 – Die AfD-Fraktion hat dem Landtag einen Antrag zur Versorgung mit sogenannten Radiopharmaka vorgelegt („Medizinische Versorgung von Radiopharmaka in Nordrhein-Westfalen sicherstellen!“; [17/8583](#)). Diese radioaktiven Präparate werden demnach zu diagnostischen und therapeutischen Zwecken eingesetzt, beispielsweise bei nuklearmedizinischen Untersuchungen. In Europa gebe es derzeit vier große Forschungsreaktoren, in denen spezielle Präparate produziert würden. Sie seien aber älter als 46 Jahre, zwei würden 2024 beziehungsweise 2026 abgeschaltet. Neugeplante Reaktoren blieben „weit unterhalb der Produktionskapazitäten“. Die Fraktion fordert

daher u. a. von der Landesregierung einen Evaluationsbericht zu möglichen Engpässen bei der Versorgung. Zudem solle die Ansiedlung eines Forschungsinstituts in Nordrhein-Westfalen ermöglicht werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Wahl in Thüringen

13.2.2020 – Der Landtag hat sich mit den Ereignissen rund um die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen am 5. Februar 2020 befasst. Der Aktuelle Stunde lagen drei Anträge zugrunde, von der SPD-Fraktion („Klare Kante gegen rechts – Nicht durch die Hintertür mit politischen Extremisten taktieren!“; [17/8618](#))“, der AfD-Fraktion („Was folgt aus Thüringen? Gefährdet die Einheitsfront der Altparteien unsere föderale und demokratische Grundordnung?“; [17/8619](#)) sowie den Fraktionen von CDU und FDP („Landtag Nordrhein-Westfalen zeigt Haltung: Keine Zusammenarbeit mit der AfD“; [17/8621](#)). In der Debatte sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschat**, die Feinde der Demokratie stünden rechts und säßen auch „rechts hier im Parlament“. Die AfD verachte die Demokratie, die demokratische Kultur und die demokratischen Institutionen. Nach den Worten von AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** müsse sich der Landtag mit den Ereignissen in Thüringen befassen, weil „die selbst ernannte Gemeinschaft der Demokraten“ keine demokratischen Ergebnisse akzeptiere. Äußerungen nach der Wahl u. a. von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Armin Laschet hätten die Demokratie beschädigt. CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** betonte, dass für CDU und FDP eine Zusammenarbeit mit der AfD undenkbar sei. Hier gebe es eine „glasklare Haltung“ seiner Fraktion. Dies gelte zugleich für die Feinde der Demokratie aus dem linken Lager. FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** hob hervor, dass es bei CDU, SPD, Grünen und der FDP eine „klare Kante gegen Rechts“ gebe. An die AfD gewandt sagte er: „Sie gehören ausdrücklich zu den Feinden der Demokratie.“ Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** sprach



von einem „Tabubruch in Thüringen“. Nur weil die AfD demokratisch gewählt worden sei, sei sie „noch lange nicht demokratisch – im Gegenteil“. Ihre „Demokratiefeindlichkeit“ zeige sich in vielen Formen. Integrationsminister [Dr. Joachim Stamp](#) (FDP) sagte, die AfD habe in Thüringen einen Strohhalm als Kandidaten aufgestellt und das Parlament so bewusst getäuscht. Dies sei ein „Anschlag auf die Demokratie“.

Prostitution

13.2.2020 – Beratungsangebote für Prostituierte sollen in Nordrhein-Westfalen gestärkt werden. Das fordern die Fraktionen von CDU und FDP in einem Antrag ([17/8588](#)), den der Landtag angenommen hat. Das Prostituiertenschutzgesetz habe seit seinem Inkrafttreten im Juli 2017 zu einem „heterogenen Ergebnis“ geführt. Zwangsprostitution und Menschenhandel würden durch das Gesetz – anders als ursprünglich intendiert – nicht verhindert. Die Landesregierung müsse Angebote der vorhandenen landesgeförderten Beratungseinrichtungen evaluieren und einen Entwurf vorlegen, um „flächendeckende landesweite Beratungs- und Informationsstrukturen“ aufzubauen. Für den Antrag stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Die SPD-Fraktion enthielt sich, die Grünen-Fraktion stimmte dagegen. Mehrheitlich abgelehnt wurde ein Entschließungsantrag ([17/8639](#)) der Grünen.

Wasserversorgung

13.2.2020 – Der Landtag hat sich mit einer Großen Anfrage der Grünen-Fraktion zur Wasserversorgung („Wasser in NRW nachhaltig nutzen und schützen!“; [17/6865](#)) und der mehr als 200 Seiten umfassenden Antwort der Landesregierung ([17/8021](#)) befasst. Die Fraktion hatte rund 200 Fragen zu neun Bereichen gestellt, darunter zur Wasserwirtschaft, zur Belastung des Wassers mit Nitrat, Pestiziden und Arzneimittelrückständen, den Auswirkungen des Stein- und Braunkohlebergbaus und den Folgen des Klimawandels. In der Großen Anfrage heißt es u. a.: „Sauberes und in ausreichender

Menge vorhandenes Wasser ist die Grundlage des Lebens auf unserem Planeten und erfordert daher einen ganz besonderen Schutz.“ Die Herausforderungen seien aber enorm.

Windenergie

13.2.2020 – „Kosten und Nutzen von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen“ – so lautet der Titel einer Großen Anfrage der AfD-Fraktion ([17/3753](#)), die dem Landtag gemeinsam mit der Antwort der Landesregierung ([17/4634](#)) zur Beratung vorlag. In der Anfrage kritisiert die Fraktion u. a. Gefahren für die Versorgungssicherheit durch die Windkraft, sodass die Kohleverstromung weiter „die Funktion einer tragenden Säule der Grundlastversorgung“ leisten müsse. Zudem würden Natur- und Kulturlandschaften zerstört, der Rückhalt in der Bevölkerung sinke. Die Fraktion hatte mehr als 50 Fragen in insgesamt sechs Bereichen gestellt, darunter zur staatlichen Förderung der Windkraft und zum Umwelt- und Naturschutz. In der Antwort der Landesregierung heißt es u. a., dass der Ausbau Erneuerbarer Energien „technologieoffen“ vorangetrieben werden solle, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Allerdings stoße besonders der Ausbau der Windenergie in Teilen des Landes zunehmend auf Vorbehalte in der Bevölkerung. „Daher soll beim zukünftigen Ausbau der Windenergie der erforderliche Anwohner-, Landschafts- und Naturschutz gewährleistet werden.“

Staubbelastung

14.2.2020 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die Staubbelastung in Nordrhein-Westfalen debattiert. Die aktuelle Staubbilanz des ADAC für das Jahr 2019 sei „erschütternd“, heißt es im Antrag ([17/8620](#)) der SPD-Fraktion, der der Debatte zugrunde lag. Die Staubbelastung in NRW habe laut ADAC-Bilanz seit 2018 um 8,6 Prozent zugenommen, kritisierte [Carsten Löcker](#) (SPD). Damit konterkarriere die schwarz-gelbe Landesregierung ihre eigenen Wahlversprechen aus dem Jahr 2017. [Olaf Lehne](#) (CDU) entgegnete, für die Stausituation sei die rot-grüne Vorgängerregierung verant-

wortlich. Es sei „beschämend“, dass gerade die SPD-Fraktion die Debatte beantragt habe, da sie NRW mit ihrer „sozialistischen Verhinderungspolitik“ um Jahrzehnte ausgebremst habe. Grünen-Fraktionschef [Arndt Klocke](#) hielt den regierungstragenden Fraktionen vor, es gebe „mehr Staus denn je“. Nötig seien u. a. ein „kluger Mobilitätsmix“, mehr Personal in Behörden, beschleunigte Planungsverfahren und der Ausbau von ÖPNV-Angeboten und Radwegen. Nach den Worten von [Bodo Middeldorf](#) (FDP) habe die Koalition von CDU und FDP „eine echte Trendwende eingeleitet“. Sie werde in dieser Wahlperiode „einen entscheidenden Schritt vorankommen“ und „spürbare Verbesserungen“ erreichen. [Nic Peter Vogel](#) (AfD) hob hervor, es werde bis 2030 dauern, dass Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer Verbesserungen spüren könnten. Er forderte u. a. ein besseres Baustellenmanagement und stärkere Bautätigkeiten an Wochenenden. Verkehrsminister [Hendrik Wüst](#) (CDU) sagte, gestiegene Stauzahlen seien auf die Bautätigkeit der Landesregierung zurückzuführen. Als Beispiele nannte er Arbeiten am Kamener Kreuz und auf der A 3. Dort werde gebaut mit der Folge, dass punktuell die Staubbelastung steige. Wüst: „Gegen Stau hilft nur Bau.“

Zeitungsmarkt

14.2.2020 – Die Landesregierung hat auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion ([17/6777](#)) einen 327-seitigen Bericht ([17/8469](#)) zum Zeitungsmarkt in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Seit 2016 habe sich der Markt „weiterhin spürbar verändert“. Der Abwärtstrend sei nicht aufgehoben worden, die Auflagen von Zeitungen seien bis 2019 durchschnittlich um weitere 11 Prozent gesunken. Durch Maßnahmen einiger Verlage sei es zu Übernahmen, Kooperationen und Neugründung von Gemeinschaftsredaktionen gekommen. Dies führe auch weiterhin dazu, „dass immer mehr eigentlich im Wettbewerb stehende Zeitungen ihre Inhalte austauschen“. Der Bericht umfasst u. a. die Themen Redaktionen und Personal, Maßnahmen zur Leser-Blattbindung, lokale Vielfalt, Online-Angebote und Innovationen.



Kohleausstieg

11.3.2020 – Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP sprechen sich für Nachbesserungen am geplanten Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung aus. Sie kritisieren u. a., dass im derzeitigen Entwurf nicht ausreichend gewürdigt werde, „welchen entscheidenden Zusatzbeitrag die Steinkohlekraftwerke“ für die Gesamtreduktion der CO₂-Emissionen leisteten, da keine angemessenen Entschädigungszahlungen vorgesehen seien. Die Fraktionen fordern daher „angemessene Entschädigungszahlungen“ für Stilllegungen. Auch dürfe ein Kohleverfeuerungsverbot nur dann in Kraft treten, „wenn ausreichend Ersatzanlagen in Betrieb“ seien. Ein Antrag von CDU und FDP („Kohleausstiegsgesetz – Regelung zur Stilllegung von Steinkohlekraftwerken“; [17/8776](#)) wurde ebenso wie ein Änderungsantrag von CDU, SPD und FDP ([17/8821](#)) mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP angenommen. Ein Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion ([17/8819](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt.

E-Government

11.3.2020 – Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf „zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften“ ([17/8795](#)) in den Landtag eingebracht. Die Digitalisierung der Gesellschaft und damit auch der Verwaltung schreite „weiter dynamisch voran“, heißt es in dem Entwurf. Die rechtliche Grundlage für die Digitalisierung sei mit dem E-Government-Gesetz von Juli 2016 bereits gelegt worden. Der Transformationsprozess innerhalb der Verwaltung müsse aber beschleunigt werden und möglichst viele Bereiche umfassen. Überdies fehlten bislang gesetzliche Regelungen zu sogenannten „offenen Daten“ (Open Data). Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation (federführend) überwiesen.

Flüchtlinge

11.3.2020 – Die Grünen-Fraktion kritisiert eine menschenunwürdige Situation der Flüchtlinge, die an der türkisch-griechischen Grenze und in griechischen Flüchtlingslagern ausharren. Das „gewaltsame Vorgehen Griechenlands gegen die Geflüchteten und, damit verbunden, die faktische Aussetzung des Rechts auf Asyl dürfen so nicht hingenommen werden“, heißt es in einem Antrag der Fraktion („Menschenunwürdige Situation an der türkisch-griechischen Grenze und in den griechischen Flüchtlingslagern spitzt sich zu – Landesregierung muss jetzt handeln“; [17/8763](#)). Es gebe „fatale hygienische und medizinische Bedingungen“. Vielen Flüchtlingen bleibe der Zugang zu rechtlichen Strukturen verwehrt. Die Fraktion hatte die Landesregierung in ihrem Antrag u.a. aufgefordert, ein bestimmtes Kontingent vornehmlich unbegleiteter minderjähriger Schutzbedürftiger und weiterer schutzbedürftiger Personengruppen im Land aufzunehmen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Ein Entschließungsantrag der SPD ([17/8822](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt, ein Entschließungsantrag von CDU und FDP ([17/8823](#)) angenommen.

Rechtsextremismus

12.3.2020 – Die Fraktionen von Grünen und SPD wollen stärker gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorgehen. Der rechtsterroristische Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020 habe die Gesellschaft „erneut tief erschüttert“, schreiben die Grünen in ihrem Antrag ([17/8746](#)). Die Landesregierung müsse ein Gesamtkonzept gegen Rechtsterrorismus formulieren und die „gering angesetzte Anzahl rechtsextremistischer Gefährder“ kritisch überprüfen, offene Haftbefehle gegen Rechtsextreme vollstrecken sowie das Instrument zur Risikobewertung von islamistischen Terroristen auf den Rechtsextremismus übertragen. Moscheen, Synagogen, Kulturzentren sowie migrantisch geprägte Stadtteile müssten besser

geschützt werden. Solange es keine Landesantidiskriminierungsstelle gebe, solle die Landesregierung einen Beauftragten gegen Rassismus auf Landesebene einsetzen. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung in ihrem Antrag ([17/8778](#)) dazu auf, umgehend einen „Masterplan gegen Rechtsextremismus“ vorzulegen. In einem Katalog mit 55 Maßnahmen fordert die Fraktion, dass die Beobachtung von Rechtsextremen durch den Verfassungsschutz ausgeweitet werden müsse. Der Verein „Identitäre Bewegung“ mit Sitz in Paderborn müsse verboten werden. Und die Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen sei damit zu beauftragen, „eine Beobachtung der nordrhein-westfälischen AfD zu prüfen.“ Der Antrag der Grünen-Fraktion wurde an den Hauptausschuss, der Antrag der SPD-Fraktion an den Innenausschuss jeweils federführend zur weiteren Beratung überwiesen.

„Gefährliche Orte“

12.3.2020 – Der Landtag hat über Orte in Nordrhein-Westfalen debattiert, die von den Kreispolizeibehörden als „gefährlich“ beziehungsweise „verrufen“ eingestuft werden. Anlass waren eine Große Anfrage der AfD-Fraktion ([17/1363](#)) sowie die Antwort der Landesregierung ([17/2517](#)). Die Fraktion hatte 19 Fragen vorgelegt und wollte u. a. wissen, welche Straßen und Plätze an welchen Orten betroffen seien. Von Dezember 2010 bis Dezember 2017 hätten die Kreispolizeibehörden insgesamt 44 „gefährliche/verrufene Orte“ gemeldet, heißt es in der Antwort der Landesregierung. Es handle es sich um „polizeifachliche Bezeichnungen“. Sie dienten dazu, „Gebiete zu beschreiben, in denen bei Vorlage der rechtlichen Voraussetzungen entsprechende polizeiliche Maßnahmen getroffen werden können“. Die Polizei verwende die Bezeichnungen nicht, „um Örtlichkeiten zu definieren, an denen Bürgerinnen und Bürger einer erhöhten Gefahr ausgesetzt sind, Opfer von Straftaten zu werden“. Die Antwort der Landesregierung umfasst einschließlich aller Anlagen 485 Seiten.

Debatte um Sanierungsstau

Aktuelle Stunde zum Zustand von Schulgebäuden

11. März 2020 – Der Zustand der Schulgebäude hat einen Streit im Landtag ausgelöst. Die SPD-Fraktion hatte kritisiert, dass Nordrhein-Westfalen laut einem Medienbericht zu wenig in Schul-sanierungen investiere. Folge: weiterhin marode Gebäude. Die Koalition wies die Kritik zurück.

Das von der rot-grünen Vorgängerregierung aufgelegte Programm „Gute Schule 2020“ wirke, aber es reiche noch nicht, heißt es in dem Antrag der SPD-Fraktion („Zugige Räume, brö-

zierungsgesetzes seit 2017 rund 21 Prozent mehr Geld zur Verfügung gestellt. In 2020 sei die Förderung im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um 438 Millionen Euro erhöht worden.

dern entstehe seit zehn Jahren. Das beste Mittel dagegen sei nicht ein einzelnes Programm, sondern eine strukturelle Förderung. Diesen Weg habe die Landesregierung eingeschlagen und die Schulpauschale seit der Regierungsübernahme 2017 jährlich erhöht von damals 600 auf derzeit 683 Millionen Euro. So sehe verantwortungsvolle Politik aus. Der SPD-Fraktion warf Müller-Rech einen „unsäglichen Populismus“ vor.



Fotos: Schälte

Jochen Ott (SPD)

Claudia Schlottmann (CDU)

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Franziska Müller-Rech (FDP)

Helmut Seifen (AfD)

Schulministerin
Yvonne Gebauer (FDP)

ckelnde Fassaden und marode Klos – weltbeste Bildung oder survival of the fittest?"; [17/8814](#)). Die Schulen seien weiter marode. Die Landesregierung müsse darlegen, wie sie die Zustände in den Griff bekommen wolle.

Jochen Ott (SPD) kritisierte, die Landesregierung habe „verkannt“, wie wichtig Investitionen in Schulen seien. Das gelte für die Sanierung von Gebäuden und die A13-Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern. Auch der oft angekündigte „Masterplan Grundschule“ lasse weiter auf sich warten. Die Landesregierung müsse Bildungspolitik endlich mit Priorität behandeln und mehr Geld in den Bau und die Sanierung von Schulen investieren, zumal sie „im Geld schwimmt“. Das Programm „Gute Schule 2020“, das im kommenden Jahr auslaufe, müsse um fünf weitere Jahre verlängert werden, damit Schulen Planungssicherheit erhielten und den Investitionsstau abbauen könnten.

Es sei eines der wichtigsten Anliegen der „NRW-Koalition“, die Schulzeit „bestmöglich“ zu gestalten, sagte **Claudia Schlottmann** (CDU). Dazu zähle auch die räumliche Ausstattung von Schulgebäuden. Die Landesregierung habe Kommunen im Rahmen des Gemeindefinan-

„Damit halten wir, was wir versprochen haben.“ Mit der neuen Landesbauordnung seien Genehmigungsverfahren zudem erleichtert, entbürokratisiert und beschleunigt worden, was Schulträgern zugutekomme.

„Rechentricks“

Mehrdad Mostofizadeh (Grüne) mahnte, wer – wie die FDP-Fraktion – jahrelang von „weltbesten Bildung“ geredet habe, müsse sich an den eigenen Ansprüchen messen lassen. „Das ist der Gradmesser, der heute angelegt wird.“ Mostofizadeh sagte, er könne „Rechentricks“, wie sie seine Vorrednerin angestellt habe, nicht mehr hören. Seit 2011 sei das Gemeindefinanzierungsgesetz „in der Struktur unverändert“ geblieben. Verändert habe sich nur, dass Kommunen vorgeschrieben werde, dass sie mehr Geld auszugeben hätten. Dadurch stehe aber „kein Cent mehr für Bildung zur Verfügung“. Das müsse sich dringend ändern.

Es sei richtig, dass die Gebäudesituation in vielen Schulen herausfordernd sei, sagte **Franziska Müller-Rech** für die FDP-Fraktion. Der Sanierungsstau sei aber nicht jetzt eingetreten, son-

Helmut Seifen (AfD) sprach von einem „Alar-mismus“ der SPD-Fraktion. Sie erwecke den Eindruck, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen flächendeckend in einem erbärmlichen Zustand seien. Die Lage stelle sich aber differenzierter dar. Entscheidend sei, welche Priorität in den einzelnen Kommunen gesetzt werde. Oftmals würden die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern vernachlässigt. Dies habe zu dem Investitionsstau geführt und zu teils „unwürdigen Zuständen“. Das Land sei in der Verantwortung, die Kommunen bei der Schul-sanierung zu unterstützen.

Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) verwies auf die Erhöhung der Schulpauschale durch die Landesregierung, nachdem die rot-grüne Vorgängerregierung diese sieben Jahre lang nicht angehoben habe. Mit dem Geld würden die kommunalen Schulträger unterstützt und aufgefordert, die Schulgebäude in einen angemessenen Zustand zu bringen. Neben der Finanzierung würden aber auch vor Ort ein fester Wille und eine entsprechende Priorisierung für die Sanierung benötigt. Hieran mangle es in einigen Kommunen. Und darauf habe das Land keinen Einfluss.

tab, wib



Foto: Schälte

PLENUM

Personalmangel in Kitas

Studien lösen kontroverse Debatte aus

12. März 2020 – In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit der Personalsituation an den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Laut einer Studie fehlen aktuell 16.000 Erzieherinnen und Erzieher.

Die Aktuelle Stunde war von der AfD-Fraktion beantragt worden. In ihrem Antrag („Personalmangel an Kitas – neue Studie veranschaulicht dramatische Situation“, [17/8815](#)) heißt es u. a., laut einer Studie des Deutschen Kitaleitungskongresses (DKLK) hätten 78,5 Prozent der Kitas Probleme damit, offene Stellen zu besetzen. In Nordrhein-Westfalen fehlten laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung derzeit mehr als 16.000 Erzieherinnen und Erzieher.

Die Ergebnisse des Kitaleitungskongresses hätten „die schlimmsten Befürchtungen“ bestätigt, kritisierte [Iris Dworeck-Danielowski](#) (AfD). Gerade Kinder unter drei Jahren bekämen die Negativfolgen des Fachkräftemangels zu spüren, mit erheblichen Folgen für deren Entwicklung. Teilweise fielen Schlafzeiten aus, weil die Betreuung nicht gewährleistet sei. Da die Qualität in Kitas zu wünschen übrig lasse, fragten sich viele Eltern, ob sie ihre Kinder nicht besser zu Hause betreuen sollten. Wenn sie sich dafür entschieden, sollten Eltern mit U3-Kindern eine „auskömmliche finanzielle Erstattung“ erhalten, da sie das Kita-System entlasteten.

[Jens Kamieth](#) (CDU) entgegnete, das im November 2019 reformierte Kinderbildungsgesetz sei „ein wichtiger Meilenstein“, da es die strukturelle Unterfinanzierung von Kitas beendet habe. Ab dem Kitajahr 2020/21 stünden rund

1,3 Milliarden Euro mehr an Bundes-, Landes- und Kommunalmitteln zur Verfügung. Die Landesregierung habe zudem ein umfangreiches „Arbeitsprogramm zur Personalgewinnung“ aufgelegt, um den Fachkräftemangel „perspektivisch“ zu beheben. „Wir gehen systematisch und strukturiert die Herausforderung in der Kindertagesbetreuung im Sinne bester frühkindlicher Bildung an.“

„Wunschvorstellung“

Auf dem Kitaleitungskongress sei deutlich geworden, wie groß der Frust der Erzieherinnen und Erzieher mit der aktuellen Landespolitik sei, kritisierte [Dr. Dennis Maelzer](#) (SPD). Schwarz-Gelb sei ein „mieses Arbeitszeugnis“ ausgestellt worden. Der Fachkräftemangel habe sich im Vorjahr „deutlich verschärft“. Die Zahl der Auszubildenden sei erstmals seit zehn Jahren rückläufig. Der AfD-Fraktion warf Maelzer vor, sie wolle mit ihrem Antrag ein „antiquiertes Gesellschaftsmodell“ wiederbeleben. Es stamme aus einer Zeit, in der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für Frauen „noch eine ferne Wunschvorstellung“ gewesen sei.

[Marcel Hafke](#) (FDP) betonte, dass es einen drängenden Fachkräftemangel in den Kitas gebe. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe dieses Problem aber nur „weggelächelt“. Dass

16.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlten, sei auf das Versagen von SPD und Grünen zurückzuführen. Hafke dankte Familienminister Dr. Joachim Stamp (FDP), dass dieser die Reform des Kinderbildungsgesetzes angestoßen habe. Zum 1. August dieses Jahres werde diese Reform spürbar sein. So werde die Unterfinanzierung der Kitas beendet, wodurch auch mehr Personal eingestellt werden könne. Das Ministerium habe zudem Maßnahmen angestoßen, um die Ausbildungszahlen zu erhöhen.

[Josefine Paul](#) (Grüne) entgegnete, die Landesregierung habe drei Jahre Zeit gehabt, um gegen die dramatische Situation in den Kitas vorzugehen. Das System laufe „auf Reserve“, und diese Situation gehe zulasten der Fachkräfte und der Kinder. Es müsse Schluss sein mit dem „Ankündigungswahn“. Nötig seien konkrete Maßnahmen. Paul kritisierte auch, dass die Landesregierung bei der Reform des Kinderbildungsgesetzes zu wenig auf den Rat der Fachleute gehört habe. Hier müsse nachgesteuert werden. Es sei die verfehlte Politik von CDU und FDP, die für die derzeitigen Bedingungen an den Kitas verantwortlich sei.

Ministerin [Ina Scharrenbach](#) (CDU) sagte in Vertretung von Familienminister Dr. Joachim Stamp, dass mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes die strukturelle Unterfinanzierung der Kitas beendet werde. Land und Kommunen stellten jährlich 750 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Ziel sei, „mehr Qualität für alle“. Zugleich würden „vielfältige Ansätze“ verfolgt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Es werde mehr pädagogisches Personal benötigt. Gemeinsam mit den Trägern der Kindertagesstätten habe sich die Landesregierung auf einen guten Weg begeben und sie werde an diesem Kurs festhalten. *tob, wib*

Neue Strategie für den Rundfunk

Sachverständige äußern sich zu Plänen der Landesregierung

30. Januar 2020 – Die Landesregierung hat ein Konzept zur Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks vorgelegt. In einer Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien und des Hauptausschusses äußerten sich Sachverständige zur Strategie „Radio in NRW 2022“ mit Plänen u. a. für die Werbezeiten des WDR-Hörfunks und einer zweiten landesweiten UKW-Kette.

Grundlage der Anhörung war der Entwurf der Landesregierung für das „Gesetz zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung weiterer Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz)“ (17/8130). Ziel sei die Sicherung eines „vielfältigen zukunftsfähigen Hörfunks und eines wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunks im digitalen Zeitalter“, so die Landesregierung in ihrem Entwurf.

Der Entwurf sieht vor, auf eine zunächst vorgesehene weitere Reduzierung der Werbe-

zeiten im WDR-Hörfunk zu verzichten. In der ersten Stufe war die maximal zulässige Hörfunkwerbung zum 1. Januar 2017 von 90 auf 75 Minuten (werktätlich im Jahresdurchschnitt) gekürzt worden. Werbung darf seitdem nur noch in zwei Programmen ausgestrahlt werden. In einer zweiten Stufe wäre Werbung von 2021 an nur noch im Umfang von 60 Minuten werktätlich im Monatsdurchschnitt und nur noch in einem Programm zulässig gewesen.

Geplant ist zudem, dass bei den lokalen Radiosendern der Beitrag des Bürgerfunks in den gesetzlich bestimmten lokalen Sendeanteil einbezogen wird. Es werden zudem Kriterien für die Vergabe von landesweiten terrestrischen Übertragungskapazitäten (zweite UKW-Kette) festgelegt. Die zweite UKW-Kette wird möglich, weil die britischen Streitkräfte ihre Frequenzen zurückgeben. Anbieter für die zweite Kette müssen mit ihrem Angebot u. a. zur Sicherung des lokalen Hörfunks beitragen.

Der Verband Lokaler Rundfunk sowie der Verband der Betriebsgesellschaften Nordrhein-Westfalen nannten die Kriterien für die Vergabe der neuen UKW-Frequenzen in einer gemeinsamen Stellungnahme „einen Schritt in die richtige Richtung“. Für den Verband der Betriebsgesellschaften sagte der Vorsitzende Uwe Peltzer in der Anhörung, auf diese Weise könne der Lokalfunk bei der Frequenzvergabe berücksichtigt werden. Die Verbände sprachen sich aber dafür aus, diese Zielsetzung stärker im Gesetz zu formulieren.

Die Anrechnung der Bürgerfunkzeiten auf die tägliche gesetzliche Mindestdauer des Programms sehen die Verbände skeptisch. „Bürgerfunk kann lokales Programm nicht ersetzen, und eine entsprechende Regelung lädt dazu ein, lokale Programme zugunsten von Bürgerfunk zu kürzen.“ Sie kritisierten ferner den geplanten Verzicht auf eine weitere Redu-

zierung der Werbezeiten im WDR-Hörfunk. Ziel der zweistufigen Reduzierung sei gewesen, „Leitplanken für fairen Wettbewerb im dualen System zu schaffen sowie den ausschließlich privat finanzierten lokalen Hörfunk wirtschaftlich zu stärken und in seiner Vielfalt zu erhalten“.

Der Deutsche Journalisten-Verband NRW sprach von einem „klaren Bekenntnis“ der Landesregierung zum Lokalfunk. Er kritisierte ebenfalls die geplante Anerkennung des Bürgerfunks als lokale Sendezeit. Eine solche Verkürzung würde zwar eine wirtschaftliche Entlastung der Sender bedeuten. Allerdings dürfe nicht an den lokalen Inhalten gespart werden. Sie seien „der Markenkern“ des lokalen Rundfunks.

„Schaden für den Werbemarkt“

Der WDR begrüßte den Verzicht auf eine weitere Reduzierung der Werbezeiten in seinen Rundfunkprogrammen. WDR-Justiziarin Eva-Maria Michel betonte, dass die erste Stufe der Reduzierung keine nennenswerten Effekte für den Lokalfunk gebracht habe und die zweite Stufe dies auch nicht erreichen werde. Vielmehr sei ein Schaden für den ganzen Hörfunk als Werbemarkt zu erwarten, beispielsweise, weil er unattraktiv werde für bundesweite Kampagnen. Nutznießer der Werbezeitenreduzierungen beim WDR sei nicht der Lokalfunk, sondern seien insbesondere Online-Medien, die ihren Sitz nicht in NRW hätten.

Der Vorsitzende des WDR-Rundfunkrates, Andreas Meyer-Lauber, verwies darauf, dass die Werbeeinnahmen den Rundfunkbeitrag dämpften. In der Stellungnahme des WDR heißt es dazu, die Einnahmen aus der Hörfunkwerbung stellten „eine wichtige Erlösquelle in der Mischfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ dar. Sie leisteten einen Beitrag „zur relativen Stabilität des Rundfunkbeitrags“.

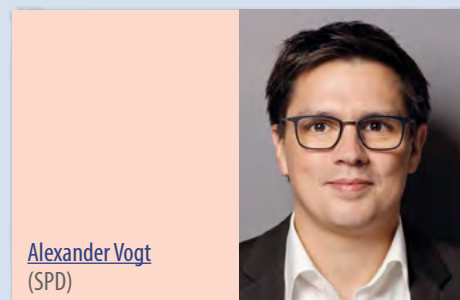
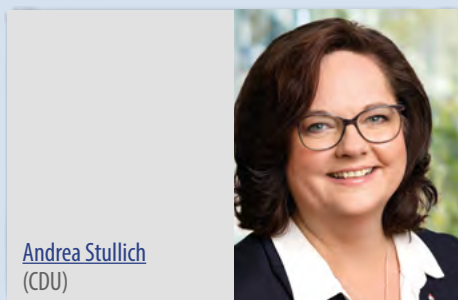
Das Institut für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster kommt zu dem Schluss, die Landesregierung habe überzeugend abgeleitet, dass „derzeit eine weitere Werbezeitenreduzierung“ im WDR-Hörfunk nicht geboten sei. Mit der Werbezeitenreduzierung habe der Lokalfunk geschützt werden sollen. Es habe die Annahme gegeben, dass Werbegelder vom WDR zum Lokalfunk umgeschichtet würden. Die erste Stufe der Reduzierung habe aber keine nennenswerten Auswirkungen auf den Privatfunk gehabt. *wib*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Rundfunk“



Das duale Rundfunksystem ...

... aus 6 WDR-Radiosendern und 44 privaten Lokalradios stärken wir mit unserer Hörfunk-Strategie „Radio in NRW 2022“. Wir wollen, dass die Menschen in NRW auch im digitalen Zeitalter so umfassend wie möglich mit einem vielfältigen, qualitätvollen und unabhängigen Radioangebot versorgt werden. Unsere Hörfunkstrategie ist ein wichtiger Beitrag dafür, Qualitätsjournalismus zukunftsfähig zu machen.

... aus öffentlich-rechtlichen Sendern und 44 privaten Lokalradios in NRW ist ein Erfolgsmodell! Es liefert ein interessantes Programm, umfassende lokale Informationen und eine große Vielfalt, die es so in keinem anderen Bundesland gibt. Wer Medien als demokratisches Kontrollorgan für Politik und Wirtschaft ernst nimmt, muss sich dafür einsetzen, dass die einzelnen Redaktionen erhalten bleiben – auch vor Ort.

Werbezeiten im WDR-Hörfunk ...

... hat ein Gutachten geprüft. Es empfiehlt: Die erste Stufe der Werbezeitenreduzierung bleibt, die geplante zweite Stufe kommt nicht. Wenn wir einerseits fordern, der WDR solle sparen, dann dürfen wir ihm andererseits nicht 28 Millionen € Werbeeinnahmen wegnehmen, die größtenteils noch nicht mal beim Lokalfunk landen, sondern im Netz und damit bei Playern, die nicht in NRW sitzen, sondern in den USA.

... müssen so ausgestaltet sein, dass einerseits der WDR seinem Programmauftrag nachkommen kann und andererseits auch der private Hörfunk in NRW überleben kann. Die Werbezeiten sind aber nur eine Stellschraube, an der die Politik in NRW Rahmenbedingungen ändern kann. Die Förderung des Einstiegs in neue Verbreitungstechnologien von Audioinhalten wäre eine weitere Maßnahme, um Sender in NRW zu stärken.

Der Bürgerfunk ...

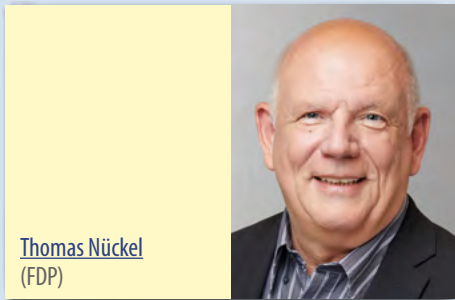
... ist, wenn er gut gemacht ist, ein zusätzliches Element der lokalen Anbindung von Lokalsendern. Deshalb wird er künftig bei der Berechnung der lokalen Sendezeit miteinbezogen. Diese Anrechenbarkeit stärkt den Bürgerfunk, und gleichzeitig wird den Sendern mehr Flexibilität eingeräumt, denn viele Stationen haben darum gebeten, Sendestunden vor allem am Wochenende flexibler handhaben zu können.

... ist Bestandteil des lokalen privaten Hörfunksystems. Der NRW-Bürgerfunk bietet Bürgerinnen und Bürgern die Chance zur Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung sowie zur Medienkompetenzvermittlung. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler sind die praxisorientierten Angebote der Landesanstalt für Medien eine gute Möglichkeit, aktiv an der Medienwelt teilzunehmen.

Die landesweite UKW-Kette ...

... kann dazu beitragen, die Vielfalt und Zukunftsfähigkeit des Hörfunksystems in NRW zu sichern. Deshalb schärfen wir die Vergabekriterien für diese freien UKW-Frequenzen: Wer sich dafür bewirbt, muss lokale bzw. regionale Inhalte liefern, einen Beitrag zum Erhalt des bestehenden Hörfunkangebots leisten und sich bestenfalls auch bei DAB+ engagieren. Das ist eine große Chance für die Lokalradios!

... sollte dazu beitragen, dass der mögliche neue Radiosender die redaktionelle und inhaltliche Medienvielfalt in NRW stärkt. Hierbei ist es wichtig, dass das neue Angebot lokale und regionale Informationen aus NRW produzieren muss und das etablierte Lokalfunksystem in NRW nicht gefährden darf. Neue Medienangebote sollen die Medienvielfalt bereichern – nicht gefährden.



... ist für die Vielfalt der Berichterstattung und für Qualitätsjournalismus von großer Bedeutung. Mich sorgen Unwuchten im System zu Gunsten der öffentlich-rechtlichen Sender. Viel zu lange wurden Weichenstellungen für die Zukunft des privaten Angebots in digitalen Zeiten verschlafen. Das ändern wir mit der Hörfunkstrategie „Radio in NRW 2022“ auf Basis vieler Gespräche mit den Lokalfunk-Akteuren.

... waren ein strittiges Thema. Mit Hilfe der Ergebnisse eines Gutachtens wurde eine für alle Seiten gute Lösung gefunden. Die erste bereits in Kraft getretene Stufe der Werbezeitenreduzierung bleibt, weil sie zu mehr Wettbewerbsgleichheit zwischen WDR und privaten Lokalfunksendern geführt hat. Auf die zweite Stufe wird verzichtet, da die Gutachter eine Schädigung der Gattung Radiowerbung befürchten.

... wird zukünftig durch die Anrechenbarkeit seines Angebots bei der lokalen Sendezeit mehr in den Fokus rücken. Er kann wertvolle Beiträge zur Sender/Hörer-Bindung leisten. Qualifizierungsangebote der Landesanstalt für Medien ermöglichen ein gutes Programmangebot. Ergänzend werden die Lokalsender auf ihren Wunsch mehr Freiheiten bei der Verteilung der Sendestunden bzgl. des Wochenendes bekommen.

... wird für mehr Auswahl für die Hörer sorgen und so das duale System in NRW stärken. Die private UKW-Kette ist eine Konkurrenz zum Angebot des WDR. Deshalb ist bei den Vergabekriterien die Betonung von redaktionellen Inhalten aus NRW wichtig. Ohne lokale und regionale Inhalte wäre die Vielfalt nur eine leere Worthülse. Wichtig ist, dass der Betreiber der UKW-Kette auch digitale Vertriebswege nutzt.



... wird ausdrücklich von uns GRÜNEN unterstützt. Wir sind weiterhin für eine Stärkung des Bürgerfunks durch ein Bekenntnis zum „Zwei-Säulen-Modell“ und die Beibehaltung von Redaktionen mit lokalem Bezug. Gerade weil viele Printmedien ihre Lokalredaktionen aufgegeben haben, sind der Erhalt und die Weiterentwicklung von lokalen Radioprogrammen von großer Bedeutung, insbesondere auch im Hinblick auf die audiovisuelle Berichterstattung im Netz.

... sollen so lange ermöglicht werden, wie es der Gattung „Radio“ in NRW insgesamt mehr nutzt als schadet. Unser Fernziel Werbefreiheit im Angebot des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks generell besteht gleichwohl weiter, müsste aber in jedem Fall durch Einnahmen oder Einsparungen kompensiert werden.

... ist und bleibt ein wichtiges Element im lokalen Angebot, da hier die Themen der Menschen vor Ort, aufbereitet von ihnen selbst, medialen Widerhall finden. Und zwar eben nicht nur im „Abrufmedium“ Internet, sondern auch im „Ausstrahlmedium“ Radio.

... für den Privatfunk halten auch wir GRÜNE für vertretbar, wenn, wie in der geplanten Novelle des NRW-Rundfunkänderungsgesetzes vorgesehen, dort lokale und regionale journalistische Inhalte ebenso Platz finden und damit mehr Vielfalt angeboten werden kann. Die heutige Medienlandschaft ist durch die Digitalisierung auch in NRW nicht mehr mit der von vor 15 Jahren vergleichbar.



... hat sich in seiner bisherigen Form überlebt. Rundfunk wird zunehmend durch Online-Angebote (Streaming etc.) ersetzt. Damit ist eine neue Angebotsvielfalt entstanden, die auch die Privilegien und die üppige Finanzausstattung der öffentlich-rechtlichen Anstalten infrage stellt. Wir möchten WDR und Co. auf echte Grundversorgung beschränken und damit den Privaten neue Marktchancen eröffnen.

... darf es nach unserer Vorstellung überhaupt nicht geben. Der WDR sollte – wie alle öffentlich-rechtlichen Anstalten – werbefrei sein und zudem nicht auch noch den privaten Anbietern auf dem Werbemarkt Konkurrenz machen. Das Argument, dass es hierdurch zu einem „Gattungsschaden“ käme, der alle Anbieter trafe, kann schon deshalb nicht überzeugen, weil die Privaten vernehmlich ganz anderer Meinung sind.

... hatte in den Frühzeiten des dualen Rundfunksystems durchaus seine Berechtigung. Er ermöglichte es erstmals Bürgern, eigenes Programm zu gestalten. Glücklicherweise ist dies heute viel einfacher geworden. Jeder mit Internetanschluss kann sein eigenes Programm mit der Welt teilen. Die bisherigen Veranstalter von Bürgerfunk sollten sich deshalb auf die Vermittlung von Medienkompetenz konzentrieren.

... ist dem Grunde nach eine gute Idee. Leider ist die Ausschreibung so gestaltet worden, dass sie „Radio NRW“ stark bevorzugt. „Radio NRW“ beliefert aber schon jetzt die Lokalradios mit einem Großteil ihres Programms und gehört u. a. der FUNKE-Mediengruppe und mittelbar auch der SPD. Es geht also eher darum, bisherige Machtverhältnisse zu zementieren.

Ein Holocaust-Überlebender

26. Januar 2020 – Mit einer bewegenden Veranstaltung hat der Landtag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau vor 75 Jahren gedacht. Die Enkel des Überlebenden Gary Wolff aus Düsseldorf erinnerten an die Hölle von Auschwitz. Und sie mahnten eindringlich, alles zu tun, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

Als am 27. Januar 1945 sowjetische Soldaten auf ihrem Vormarsch nach Westen das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau erreichten, fanden sie nur noch wenige Tausend Überlebende vor – verängstigte, fast erfrorene und verhungerte Häftlinge. 1,1 Millionen Menschen waren in Auschwitz-Birkenau ermordet worden, darunter eine Million Juden.

In seiner Begrüßung mahnte der Präsident des Landtags, André Kuper: „Auschwitz gehört für immer zum Gedächtnis der Menschheit. Am Tag der Befreiung stehen wir im Zentrum der Demokratie zusammen: Legislative, Exekutive, Judikative, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Verbände. Wir bekämpfen Antisemitismus, wir wehren uns gegen politischen Totalitarismus – und wir suchen die Versöhnung.“

Der in Düsseldorf geborene Gary Wolff ist einer der wenigen, die die Hölle von Auschwitz überlebt haben. Sein Vater Eduard und seine Mutter Johanna wurden dort von den Natio-



Der gebürtige Düsseldorfer Gary Wolff mit seinen Enkeln Julian und Danielle.

Fotos (2): Kitschenberg

nalsozialisten ermordet. Zur Gedenkfeier war der heute 91-Jährige aus seiner Heimat USA angereist, gemeinsam mit seinen beiden Enkeln Danielle und Julian.

Gary Wolff lauschte andächtig, als seine Enkel vor rund 500 Gästen der Veranstaltung seine Geschichte erzählten. Wie er als Kind den Aufstieg der Nationalsozialisten in Düsseldorf erlebte, wie er die Reichspogromnacht im November 1938 überlebte – versteckt in der Wohnung eines Nachbarn – und wie er ab 1941 den gelben Judenstern an seiner Kleidung tragen musste. Die verzweifelten Versuche der Eltern,

aus Deutschland auszureisen, scheiterten, und so wurde der 13-Jährige am 27. Oktober 1941 mit ihnen ins Ghetto von Lodz deportiert und schließlich im Spätsommer 1944 in Viehtransporten nach Auschwitz gebracht.

Zwei Todesmärsche überlebt

An der Rampe von Auschwitz sah Gary Wolff seine Mutter zum letzten Mal. Sein Vater starb wenige Wochen später. Julian Wolff: „Opa erinnert sich lebhaft an eine Rede an diesem Tag: ‚Wenn ihr glaubt hier herauszukommen, vergesst es. Der einzige Weg hier heraus führt durch die Schornsteine.‘“ Und er ergänzte: „Im Alter von 16 Jahren war Opa auf sich allein gestellt, aber entschlossen zu überleben. In Birkenau lernte er, sich unsichtbar zu machen und mit der Menge zu verschmelzen.“

Gary Wolff wurde in Todesmärschen von Auschwitz nach Buchenwald und von dort nach Theresienstadt gebracht, wo er im Mai 1945 die Befreiung durch sowjetische Soldaten erlebte. Danielle Wolff Ser: „Opa wurde im Oktober geboren. Doch den 8. Mai 1945, den Tag, an dem er befreit wurde, nennen wir seinen zweiten Geburtstag.“

Die Enkel berichteten auch, wie sie sich auf die Spuren des Leidens ihrer Familie gemacht haben, wie sie Theresienstadt, das Ghetto Lodz und Auschwitz-Birkenau besuchten. Und sie warnten vor einer Wiederholung der Geschichte. Julian: „Antisemitismus, Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und jede Form von Diskriminierung sind gefährliche Methoden, um die Bürgerschaft dieses

Sie erinnerten an die Befreiung von Auschwitz-Birkenau vor 75 Jahren (v.l.): der Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln, Abraham Lehrer, der Präsident des Landtags, André Kuper, der Holocaust-Überlebende Gary Wolff mit seinen Enkeln Danielle und Julian sowie Ministerpräsident Armin Laschet.



– ein Düsseldorfer

Planeten zu spalten.“ Sie endeten ihre immer wieder von Applaus unterbrochene Rede mit einer Liebeserklärung an den „besten Großvater der Welt“: „Wir sind stolz darauf, vor Ihnen zu stehen als die Enkel eines Holocaust-Überlebenden, eines erfolgreichen Geschäftsmanes, eines liebevollen Vaters und Großvaters, eines Düsseldorfers.“

Abraham Lehrer, Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln, sagte in seinem Grußwort für die jüdischen Verbände in Nordrhein-Westfalen: „Es ist für jeden Juden eine große Herausforderung, sich mit den Lücken auseinanderzusetzen, die durch die Shoa in seiner eigenen Familie entstanden sind. Das gilt auch für mich selbst. Im Judentum ist das Gedenken ein religiöses Gebot. Das Wort ‚Zachor‘, ‚erinnern‘, kommt in der Bibel Dutzende von Malen vor. Wir übersetzen es mit ‚Erinnere dich‘ oder ‚Gedenke‘. Das ist nicht nur eine Aufforderung, die Geschichte im Gedächtnis zu behalten. Es geht auch darum, unser Erbe für die Zukunft zu bewahren. Wir müssen uns um die gesamte junge Generation bemühen und sie in unsere Erinnerungskultur einbinden. Wenn wir junge Menschen nicht erreichen, dann sind sie für unsere Demokratie verloren.“

„Nie wieder“

Und Ministerpräsident Armin Laschet sagte: „Auch 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers in Auschwitz ist Antisemitismus leider noch immer Realität in Deutschland. Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen: Judenhass, Ausgrenzung und Diskriminierung haben hier keinen Platz! Nicht auf den Straßen, nicht im Internet und nicht auf unseren Schulhöfen – nie wieder! ‚Nie wieder‘ muss in jedem unserer Köpfe tief verankert sein, ‚nie wieder‘ muss unser aller Handeln und Entscheiden prägen, ‚nie wieder‘ muss Teil der Staatsräson sein. Für uns in Nordrhein-Westfalen, wo heute die größte jüdische Gemeinschaft der Bundesrepublik lebt, ist die Mahnung und die Wahrung der Erinnerung an die Gräueltaten der Nazi-Zeit ein persönliches Anliegen. Wir sehen uns im Kampf gegen den Antisemitismus weiter als starker Partner an der Seite aller Jüdinnen und Juden.“ *wib/rd*



5. März 2020 – Das Grauen begann im November 1944. Als Zehnjährige sei sie ohne ihre Eltern in einem Viehwagon von der Slowakei aus ins Konzentrationslager Bergen-Belsen verschleppt worden, erzählt Dr. Yvonne Koch (Bild) im Plenarsaal des Landtags. Rund 200 Schülerinnen und Schülern aus Bottrop, Düsseldorf und Ratingen hören gebannt zu, als die heute 86-jährige Holocaust-Überlebende mit jüdischer Abstammung beim „Zeitzeugengespräch“ von ihren Erlebnissen berichtet – und einen Appell an die Zukunft richtet: „Wer in der Demokratie schläft, wacht im Totalitarismus auf.“

Sechs Wochen im Koma

Nicht alles könne sie berichten, was sie als Last im Rucksack ihres Lebens trage, nur Schlaglichter: Es komme ihr vor, als sei es gestern gewesen, wie sie zwischen den Leichen im Konzentrationslager nach ihrer Mutter gesucht und gebetet habe: „Lieber Gott, verlass mich nicht.“ Wie sie Kartoffelschalen aus dem Müll geholt habe und dass sie noch heute stets Brot bei sich trage, aus Angst vor unerträglichem Hunger. Und wie sie bewusstlos auf einer Pritsche gefunden wurde, als die Briten das Lager am 15. April 1945 befreiten. Sechs Wochen

habe sie im Koma gelegen. Als sie aufwachte, seien ihre Gefühle „auf das Primitivste reduziert“ gewesen, „wie bei einem Tier“.

Trotz aller Bürden gelang es ihr, Abitur zu machen und zu studieren. Später arbeitete sie als promovierte Mikrobiologin und zog mit ihrem Ehemann nach Düsseldorf. Erst mit 75 Jahren brach sie ihr Schweigen und erzählte öffentlich von ihren Erlebnissen. „Mein Vermächtnis ist, dass so etwas nie wieder geschieht“, sagt sie. Es gebe bald nicht mehr viele Zeitzeugen, die das Unmenschliche des Nationalsozialismus erlebt hätten. Daher sei die junge Generation gefordert, die Demokratie und Menschenrechte zu wahren. „Es liegt in Ihren Händen.“

Diesen Appell richtete auch Landtagspräsident André Kuper an die Schülerinnen und Schüler. „Nur wenn Demokratie und Menschenrechte unwiderruflich in der Verfassung verankert seien, können Schicksale wie das von Yvonne Koch verhindert werden.“ Dafür brauche es das Engagement jedes Einzelnen. *tob*

Ein Video zu der Gedenkveranstaltung finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de/Akuelles&Presse/Parlaments-TV/Videportal/Veranstaltungen und Ausstellungen.

Ein Video zu der Veranstaltung finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de/Akuelles&Presse/Parlaments-TV/Videportal/Veranstaltungen und Ausstellungen.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

In Würde sterben – Werkstattgespräch zum Thema Palliativversorgung und Hospizarbeit

Nächstenliebe ist das Allerwichtigste in der hospizlichen Haltung. Die Empathie für schwerst- kranke Menschen und die Begegnung mit ihnen auf Augenhöhe.

Die Themen Palliativversorgung und Hospizarbeit sind wichtig für die Menschen in NRW. Zum Werkstattgespräch der CDU-Landtagsfraktion trafen sich im Fraktionssaal 140 Experten und Praktiker, um sich mit den Abgeordneten über diese Themen auszutauschen.

Prof. Dr. Winfried Hardinghaus, Vorsitzender des Deutschen Hospiz- und PalliativVerbands, gab einen Impuls zu den Themen des Abends. Gemeinsam mit Kolping Landespräses, Pfarrer Peter Jansen, und der Pflegefachleitung aus dem Herz-Jesu-Krankenhaus in Münster, Elke Bertels-Janett, diskutierten die Teilnehmer andert- halb Stunden lang. Die NRW-Koalition hat mit ihrem Antrag im vergangenen Jahr gezeigt, dass die Versorgung schwerstkranker Menschen und

die Betreuung der Angehörigen für sie bedeutend ist. Elke Bertels-Janett nannte die Angehörigen beim Gespräch „extrem wichtig“, denn sie gehen einen lan-

gen Weg mit den Patienten und brauchen dabei ebenfalls Unterstützung. Wir sind schon gut aufgestellt in der Hospizarbeit, war der einhellige Tenor, haben aber Nachholbedarf in den Altenheimen, Behinderteneinrichtungen und bei den Rahmenbedin- gungen für ambulante Pflegedienste im Bereich der Palliativversorgung.

Die Abgeordneten der CDU-Landtagsfrak- tion, Dr. Stefan Nacke und Peter Preuß, wollen die vielen Anregungen zum Anlass nehmen, unseren vorliegenden Antrag zu dem Thema zu ergänzen.



Der Fraktionsvorsitzende mit Impulsgebern und Abgeordneten beim Werkstattgespräch

gen Weg mit den Patienten und brauchen dabei ebenfalls Unterstützung. Wir sind schon gut aufgestellt in der Hospizarbeit, war der einhellige Tenor, haben aber Nachholbedarf in den Altenheimen, Behinderteneinrichtungen und bei den Rahmenbedin- gungen für ambulante Pflegedienste im Bereich der Palliativversorgung.



Handeln jetzt! – NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus

Der Mord an Walter Lübcke, der antisemitische Anschlag in Halle, die mutmaßlich rechtsextremistische Terror- Zelle mit Verbindungen nach NRW und dann die schreck- liche Gewalttat in Hanau, bei der 10 Menschen aus purem Hass ermordet wurden. Die Vielzahl dieser furchtbaren Verbrechen führt uns vor Augen, dass der rechte Terror in unse- rem Land wieder auf der Tagesordnung steht. 5.240 Ermittlungsverfahren wurden allein im vergangenen Jahr wegen rechtsmotivierter Straftaten geführt. Von einer deutlich höheren Dunkelziffer ist auszugehen. All diese Taten sind verbunden durch eine menschenverach- tende Ideologie. Ein Ideologie, die auf Hass,



Hetze und Ausgrenzung setzt. Sie bedroht unsere offene und liberale Demo- kratie. „Deshalb kann und darf auch niemand mehr von ‚psychisch kranken Einzeltätern‘ sprechen. Die Bedrohung ist systematisch und sie ist real“, sagt Tho-

mas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW. „Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren und müssen endlich mit dem Stück- werk aufhören, das den Kampf gegen Rechts bisher geprägt hat.“ Die SPD-Fraktion hat deshalb einen umfassenden und fachübergrei- fenden Masterplan gegen Rechtsextremismus vorgelegt und als Antrag in den Landtag von NRW eingebracht. „Der Kampf gegen Rechts

kann nur ganzheitlich gewonnen werden. Un- ser Masterplan umfasst 55 Maßnahmen aus den Bereichen der Innen- und Justizpolitik, aus den Bereichen Kinder, Bildung und Jugend sowie aus Integrations-, Wissenschafts- und anderen Querschnittsbereichen. Unsere Lösungsansätze sind vielfältig, denn sie müssen sofort zu Ver- besserungen führen und nachhaltig wirken“, so Kutschaty weiter. Die Zivilgesellschaft und alle demokratischen Fraktionen im Landtag sind zur Mitarbeit eingeladen. Kutschaty: „Wir müs- sen endlich aufstehen und uns wehren, stand- haft bleiben und für das einstehen, an das wir glauben: eine Demo- kratie, in der Vielfalt einen Platz hat.“



Die FDP-Landtagsfraktion ist der Partner der Landwirtschaft

Das Thema Landwirtschaft ist facettenreich. Experten und rund 200 Gäste haben beim Landwirtschaftskongress der FDP-Landtagsfraktion Zukunftsfragen in den Blick genommen. „Die FDP-Landtagsfraktion ist der Partner für die Landwirtschaft. Uns ist es wichtig, dass wir miteinander und nicht übereinander reden“, betonte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christof Rasche.

Mit dem Thema Landwirtschaft wird sich auf Initiative der FDP-Fraktion eine Enquete-Kommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“ beschäftigen. Dort soll fraktionsübergreifend beraten werden, wie man einen neuen gesellschaftlichen Konsens erreichen kann. „Die Sichtweisen auf die verschiedenen Problemlagen sind sehr unterschiedlich. Wir glauben, dass es wichtig ist, das Thema



Landwirtschaft jenseits der Tagespolitik zu bearbeiten“, erläuterte Markus Diekhoff, Vorsitzender der Enquete-Kommission und umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Beim Landwirtschaftskongress waren als Referenten der Präsident der Landwirtschafts-

kammer NRW, Karl Werring, Dr. Volker Wis-sing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau von Rheinland-Pfalz, die Präsidentin des Rheinischen LandFrauenverbandes, Jutta Kuhles, und Moritz Kölsch, Mitglied im Landesvorstand der Rheinischen Landjugend, dabei. Landwirtschaft ist nicht nur ein Beruf, für viele Menschen ist es eine Berufung. Die Debatte im Landtag befasste sich mit Fragen von Naturschutz über Lohnbedingungen, Flächenverbrauch, Direktvermarktung bis zu Ideen der schulischen Weiterbildung und der europäischen Agrarpolitik.



Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung – auch geflüchtete!

Recht auf Schule – das ist ein international verankertes Menschenrecht und gilt für alle Kinder und Jugendliche. In NRW warten in den Landesunterkünften aber mehr als 1.100 geflüch-

tete Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 17 Jahren bereits monatelang auf einen Schulplatz, wie die Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage mitteilte.

Ein aktuelles Gutachten im Auftrag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes kommt zu dem Schluss, dass nach Völker-, EU- und Verfassungsrecht in jedem Fall die Beschulung von minderjährigen Kindern von Asyl-suchenden an Regelschulen sicherzustellen ist. In NRW wird dieses Recht jedoch gebrochen und werden damit elementare Kinderrechte verletzt.

Den vollmundigen Ankündigungen von Integrations- und Kinderminister Stamp, die Situation von Familien besonders in den Blick

zu nehmen und für schulnahe Angebote in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) zu sorgen, sind bisher keine Taten gefolgt. Selbst die für dieses Jahr geplanten, völlig unzureichenden 50 Lehrerstellen sind bislang unbesetzt. Es ist inakzeptabel, dass hier so viel Zeit verstreicht, in der wertvolles Integrationspotenzial verloren geht und Kinderrechte missachtet werden. Wir fordern: Geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen so schnell wie möglich diskriminierungsfrei beschult werden. Denn Kinder gehören in die Schule!



Im Plenarsaal: AfD-Fraktionsveranstaltung „Das antisemitische Israelbild in deutschen Medien“

Während der (oder besser: die) eine die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson erklärt und fast zeitgleich für eine Reihe von UN-Resolutionen stimmt, die eben diese Sicherheit massiv gefährden, findet in der deutschen Presselandschaft eine nicht minder widersprüchliche Berichterstattung statt, die häufig ein tatsächlich antisemitisches Israelbild zeichnet. Dies hat die AfD-Fraktion zum Anlass genommen, am 27. Februar 2020 auf Initiative ihres medienpolitischen Sprechers und stv. Vorsitzenden Sven W. Tritschler, der auch sehr charmant durch den Abend führte, eine Debattenveranstaltung mit prominenten Referenten durchzuführen.

Als erste Rednerin beklagte die US-amerikanisch-israelische Journalistin Orit Arfa in ihrem äußerst leidenschaftlichen Vortrag u. a. eine mitunter erschreckend tendenziöse Berichter-

stattung über kriegerische Auseinandersetzungen, in die Israel verwickelt ist und dabei häufig als Aggressor dargestellt wird, auch wenn es sich lediglich wehrt. Auch den in vielen Medien kolportierte „Rechtsruck“ Israels beschrieb sie als „völlig verzerrte Darstellung“. Eher satirisch konotiert beschrieb als zweiter Redner der ehemalige Chef vom Dienst beim FOCUS, Michael



Klonovsky, anhand plakativer Beispiele die Widersprüchlichkeit zwischen dem demonstrativen Kampf gegen Antisemitismus und dem, was tatsächlich geschieht, wenn es darum geht, für die Sicherheit Israels oder der Juden in Deutschland einzutreten.

Und so machte auch der AfD-Fraktionsvorsitzende Markus Wagner eines sehr deutlich: „Der Kampf gegen Antisemitismus und unsere Freundschaft mit der jüdischen Gemeinschaft ist eine historische Verantwortung und bleibt ein zentrales Anliegen der Politik der AfD!“





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Landestheater

30.1.2020 – Vertreterinnen und Vertreter der vier Landestheater haben im Ausschuss für Kultur und Medien ihre Arbeit vorgestellt. Mit eigenen Ensembles böten die Landestheater mehr als 1.300 Vorstellungen pro Jahr, davon mehr als die Hälfte als Gastspiele in Städten und Gemeinden von Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus, berichtete Manuela Schürmann, Leiterin des Büros für Öffentlichkeitsarbeit der Landestheater. Mit eigenen Häusern in Castrop-Rauxel, Detmold, Dinslaken und Neuss seien die Bühnen fest in der Theaterszene des jeweiligen Standorts etabliert. Mit ihren Gastspielen leisteten sie einen Beitrag zur kulturellen „Grundversorgung“ auch in ländlichen Regionen. Gastspielorte seien u. a. kommunale Theater, Schulaulen, Klassenzimmer und Freilichtbühnen. Positiv habe sich ausgewirkt, dass die Förderung im Landeshaushalt zweimal aufgestockt worden sei; 2018 um insgesamt 10 Prozent (1,5 Millionen Euro) und aktuell noch einmal um je 230.000 Euro pro Landestheater.

Brennelemente

5.2.2020 – Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat über den Verbleib der radioaktiven Brennelemente aus dem früheren Versuchsreaktor Jülich diskutiert. Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) sei atomrechtlich verantwortlich für die Brennelemente, heißt es in einem von der Grünen-Fraktion beantragten Bericht (17/2969) der Landesregierung. Nach wie vor gebe es drei Optionen: Das radioaktive Material könne in einem noch zu errichtenden Neubau an einem Standort in Jülich gelagert werden, wobei aber kein Grundstück gefunden sei und die Planung, Genehmigung, Errichtung und Inbetriebnahme 9,5 Jahre dauern würde. Als zweite Option komme die Ausfuhr in die USA infrage; ein entsprechender An-

trag sei vor rund zwei Jahren beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt worden, das darüber aber noch nicht entschieden habe. Dritte Option sei eine Aufbewahrung im Transportbehälterlager Ahaus. [Wibke Brems](#) (Grüne) kritisierte, der Bericht gebe einen guten Überblick darüber, was in den vergangenen anderthalb Jahren „alles nicht passiert ist“. Es gebe „keine perfekte Lösung“, aber eine „bestmögliche“: ein Neubau am Standort Jülich. [Dietmar Bell](#) (SPD) plädierte dafür, alle drei Optionen weiter ergebnisoffen zu prüfen. [Christian Loose](#) (AfD) verwies darauf, dass die JEN eine „Untätigkeitsklage“ gegen die BAFA eingereicht habe und eine Ausfuhr in die USA die beste der drei Optionen sei. Wirtschaftsminister [Prof. Dr. Andreas Pinkwart](#) (FDP) bezeichnete alle drei Optionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gleichrangig. Es mangle an Genehmigungen oder technischen Voraussetzungen auf Bundesebene – was „kein akzeptabler Zustand“ sei.

Glücksspiel

6.2.2020 – Der Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, hat im Hauptausschuss über Pläne der Ministerpräsidenten zur Neuregulierung des Glücksspiel-Staatsvertrags berichtet. Es sei geplant, Glücksspielangebote im Internet unter restriktiven Auflagen in Zukunft zu erlauben, sagte Liminski. Im Internet habe sich ein „Schwarzmarkt“ entwickelt, der kontrolliert werden müsse. Erlaubt werden sollen künftig Sportwetten, Online-Casino, Online-Poker und virtuelles Automatenspiel ebenso wie die Werbung für solche Angebote. Zur Kontrolle des Marktes solle eine öffentlich-rechtliche Behörde gegründet werden, kündigte Liminski an. Spielerinnen und Spieler müssten sich mit einem Konto registrieren, auf das sie maximal 1.000 Euro pro Monat einzahlen könnten. Wer als spielsüchtig auffalle, könne gesperrt werden; die Sperre gelte auch für herkömmliche Glücksspielstätten. Alle Landesparlamente erhielten

nach den Sommerferien die Möglichkeit, den Rat von Sachverständigen einzuholen. [Elisabeth Müller-Witt](#) (SPD) verwies auf die Verantwortung des Staates, Glücksspielerinnen und -spieler sowie deren Familien gesetzlich zu schützen. [Andreas Keith](#) (AfD) bewertete den grundsätzlich eingeschlagenen Weg als „richtig“. [Angela Freimuth](#) (FDP) sagte, die Pläne seien deutliche Schritte hin zu einer „ausgewogenen und sachlich orientierten Lösung“. Es sei ein Erfolg, dass nach langer Diskussion eine länderübergreifende Einigung erreicht worden sei.

Terrorzelle

5.3.2020 – Ein Verwaltungsmitarbeiter der Polizei in Hamm steht unter dem Verdacht, die mutmaßliche rechtsradikale Terrorzelle „Gruppe S.“ unterstützt zu haben. Über Hintergründe berichtete Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) in einer Sondersitzung des Innenausschusses. Der Mann sei vom Dienst suspendiert worden und befinde sich in Untersuchungshaft. Er sei in den vergangenen Jahren mehrfach aufgefallen, u. a. habe er auf seinem Balkon eine Reichskriegsflagge gehisst. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die zuständige Polizeibehörde nicht konsequent eingeschritten sei. Geplant sei, dass jede Polizeibehörde künftig einen Extremismusbeauftragten bekomme. Der Innenminister habe in seinem Bericht „nichts verwässert oder relativiert“, sagte [Hartmut Ganzke](#) (SPD). „Mit aller Härte“ müsse gegen Rechtsextremismus vorgegangen werden. Es reiche nicht, nur Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen, sagte [Verena Schäffer](#) (Grüne). Es müssten auch „Maßnahmen“ folgen. Sie sei dankbar, dass Innenminister Reul den Extremismus in Gänze im Blick habe, sagte [Gabriele Walger-Demolsky](#) (AfD). Rechtsextremismus habe keine Chance, sagte [Marc Lürbke](#) (FDP). Dieses Signal gehe vom Innenausschuss aus. Der Innenminister habe klargemacht, dass es bei der Polizei „keinen institutionellen Rassismus“ gebe, sagte [Dr. Christos Katzidis](#) (CDU).

Wahrheit oder Fälschung?

Erster „Jugendmedientag“ für Schülerinnen und Schüler

3. Februar 2020 – Premiere im Landtag: Der Präsident des Landtags, André Kuper, hatte Schülerinnen und Schüler zum ersten „Jugendmedientag“ eingeladen. Fast 500 Neuntklässlerinnen und -klässler informierten sich im Landesparlament über den Unterschied zwischen Fakten und sogenannten Fake-News – und wie man beides unterscheiden kann.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (Bild links/r.), und Vizepräsident Oliver Keymis verfolgten das Informationsprogramm im Plenarsaal. Der „Jugendmedientag“ stieß auf hohes Interesse auch der Medien (Bild rechts).

Aus dem ganzen Land waren die Jugendlichen angereist, um an der Informationsveranstaltung teilzunehmen. Präsident Kuper begrüßte sie gemeinsam mit Vizepräsident Oliver Keymis im Plenarsaal, dem „Herzen der Demokratie“, wie er betonte.

Präsident Kuper erläuterte: „Wir wollen Jugendliche für parlamentarische Demokratie begeistern. Das funktioniert nur, wenn sich junge Menschen auch umfassend informieren und zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen können. In Zeiten, in denen insbesondere über die Sozialen Medien ungefilterte Nachrichten, Geschichten und Kommentare eine große Verbreitung finden, stellen sich auch neue Fragen: Welchen Quellen kann ich trauen? Wie unterscheide ich zwischen echten Meldungen und ‚Fake-News‘?“

„Fakt oder Fake?“ – so war auch das Informationsprogramm des Nachrichtenkompetenzprojekts „Lie Detectors“ betitelt. Die gemeinnützige Organisation hat es sich zur

Aufgabe gemacht, Kindern und Jugendlichen zu helfen, manipulative Informationen in Sozialen Medien erkennen und einschätzen zu können.

Die beiden Rundfunk-Journalisten Ann-Kathrin Horn und Michael Stang klärten im Gespräch mit den Jugendlichen auf, warum bewusst Falschmeldungen in Sozialen Medien gepostet werden, was die Initiatoren damit bezwecken und wie man solche Fake-News entlarven kann.

Manipulation – darum gehe es in der Regel bei Falschmeldungen, warnten die beiden Experten. Mit Falschmeldungen werde versucht,

etwa Wahlen zu beeinflussen, oder es würden wirtschaftliche Ziele verfolgt. Wichtig sei daher, bei vermeintlichen Nachrichten in den Sozialen Medien genau hinzuschauen.

Horn und Stand gaben auch hilfreiche Tipps mit auf den Weg, wie Falschmeldungen im Netz zu erkennen sind: auf die Quelle schauen, Meldungen kritisch hinterfragen und auf Plausibilität prüfen, Fakten checken und suchen, ob gepostete Bilder vielleicht schon in anderen Meldungen aufgetaucht sind.

Recherche statt Fake-News

Hinschauen, prüfen, sortieren, kritisch hinterfragen: Das ist das alltägliche Brot von ausgebildeten Journalistinnen und Journalisten. Um „Fakten im Redaktionsalltag“ ging es in Workshops, die der Zeitungsverlegerverband NRW während des „Jugendmedientags“ im Landtag veranstaltete. Hier lernten die Schülerinnen und Schüler, was den Unterschied zwischen einer recherchierten Nachricht und Fake-News ausmacht.

Abgerundet wurde das Angebot durch einen Informations- und Mitmachmarkt, auf dem sich u. a. die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime, die Initiative Klicksafe, das Recherchezentrum Correctiv.Faktencheck sowie die Landeszentrale für politische Bildung NRW präsentierten.

red/wib

Ein Video zu der Veranstaltung finden Sie unter [www.landtag.nrw.de/Aktuelles & Presse/Parlaments-TV/Videoportal/Veranstaltungen und Ausstellungen](http://www.landtag.nrw.de/Aktuelles%20&%20Presse/Parlaments-TV/Videoportal/Veranstaltungen%20und%20Ausstellungen).

Fotos: Schälte



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften | [17/8795](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. März 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | [17/8762](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. März 2020 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in Nordrhein-Westfalen (Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz – VHMPG NRW) | [17/8797](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. März 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW) | [17/8796](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. März 2020 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | 1. Lesung am 12. März 2020 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie | [17/6586](#) | AfD | 2. Lesung am 12. März 2020 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken) | [17/5619](#) | SPD | 2. Lesung am 12. Februar 2020 | abgelehnt

Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) | [17/8417](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung | [17/8296](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor sehr giftigen Tieren (Gifftiergesetz – GiftTierG NRW) | [17/8297](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und des Landesbeamtenversorgungsgesetzes – Gesetz zur Attraktivitätssteigerung des kommunalen Wahlamtes | [17/8452](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | [17/8298](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz) | [17/8130](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen | [17/7926](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der Transparenz von Veranstaltergemeinschaften des lokalen Hörfunks (Lokalhörfunk-Transparenzgesetz NRW) | [17/7907](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) | [17/7747](#) | AfD | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Anpassung und Bereinigung schulrechtlicher Vorschriften (15. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/7770](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter | [17/7539](#) | SPD | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligungen politischer Akteure an Medien (Medientransparenzgesetz NRW) | [17/7360](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz - GefTierG NRW) | [17/7367](#) | Grüne | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragtenengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) | [17/6147](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Porträt: Jochen Ritter (CDU)



In Olpe wird das Jahr laut Jochen Ritter in „vor Schützenfest“ und „nach Schützenfest“ geteilt. Dieses Ereignis habe nicht nur für den St. Sebastianus Schützenverein Olpe große Bedeutung, zu dessen 5.500 Mitgliedern auch der CDU-Landtagsabgeordnete gehört, sondern für die gesamte Kreisstadt und darüber hinaus. „Das Schützenwesen spielt im Sauerland eine wichtige Rolle“, erklärt Ritter, und fügt hinzu: „Zu Recht!“ Passend zum Motto „Glaube, Sitte, Heimat“ gehört Ritter dem Landtagsausschuss an, der auch „Heimat“ zum Gegenstand hat. Aber nicht nur deshalb. Auch „Bauen“ und „Kommunales“ gehören zu den Angelegenheiten, die dort beraten werden. Das korrespondiert mit dem, womit Ritter sich vor seinem Einzug in den Landtag beschäftigt hat. Er war Leiter Immobilienmanagement der Stadt Gummersbach. „Handballstadt“, wie Ritter betont; denn dort hat er, der mit Fußball auf Ascheplätzen aufgewachsen ist, sein Interesse an diesem Sport entdeckt. Und nicht nur das: „Gummersbach hat sich in den acht Jahren, in denen ich dort tätig war, atemberaubend entwickelt. Dabei mitwirken zu dürfen, war eine große Freude.“

Das Kommunale sei seine eigentliche Profession: 20 Jahre hat er Funktionen im gehobenen Dienst des Kreises Olpe bekleidet, die ersten acht Jahre im seinerzeit neu gegründeten Umweltamt. „Ich habe an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung das Wahlfach Umweltrecht belegt und war froh, dann auch meine ersten beruflichen Schritte in dem Metier zu unternehmen.“ Deshalb falle ihm der Umgang mit Themen wie Wasser- und Abfallwirtschaft sowie Natur- und Bodenschutz, um die es in dem anderen großen Ausschuss, dem er im Landtag angehört, nicht besonders schwer. „Umweltpolitik wartet aktuell mit großen Herausforderungen auf. Wir wollen ihnen damit begegnen, womit Deutschland besonders erfolgreich ist: Marktwirtschaft und Technologie.“

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Jochen Ritter (CDU) aus dem Sauerland.

Als „Dipl. Wirtschafts-Ing.“, zu dem er sich berufsbegleitend fortgebildet hat, habe er eine Affinität für technische Fragestellungen entwickelt: „Wenn im Bauausschuss 3D-Druck oder im Umweltausschuss Luftreinhaltung auf der Tagesordnung stehen, setze ich mich gerne damit auseinander.“

Seine Wirkungsstätte in Düsseldorf ist das vorläufige Ende einer „Westorientierung“: Geboren in Rütten/Möhne, wo seine Mutter herkommt, ist er in der Gemeinde Finnentrop, der Heimat seines Vaters, aufgewachsen. Die weiterführende Schule war das Rivius Gymnasium der Stadt Attendorn, wo er vor 35 Jahren das Abitur ablegte. Mit der Stadt, der Schule und vor allem seinen Mitschülern fühlt er sich nach wie vor verbunden. „Einmal im Jahr fahren wir zu siebt oder acht aus dem Jahrgang übers Wochenende auf Klassenfahrt.“

Politik stand erst lange nach der Reifeprüfung an erster Stelle. Interessiert war er bereits als Heranwachsender: „Ich war von Helmut Schmidts Kanzlerschaft beeindruckt, seiner Kompromisslosigkeit in Bezug auf die RAF und seinen wirtschaftspolitischen Ansätzen.“ „Kuriert“ von der SPD habe ihn Oskar Lafontaine, erst als Kritiker der Deutschen Einheit, später als Finanzminister. „Witzige Koinzidenz: Am Tag, als ich meinen Antrag auf Mitgliedschaft in der CDU abgegeben habe, ist Lafontaine zurückgetreten.“ Den Schritt in den Rat der Stadt Olpe vollzog er erst, als er beruflich in Gummersbach gelandet war. „So waren politisches Engagement und berufliche Tätigkeit sauber getrennt“, erinnert er sich.

Eine wesentliche Triebfeder für Ritter, sich dann um ein Mandat im Landtag zu bemühen, sei die seinerzeitige wirtschaftliche Entwicklung gewesen: „2017 stand NRW am unteren Ende im Vergleich der Bundesländer, was Wirtschaftswachstum angeht. Wenn man wie ich aus einer Gegend kommt, die nicht arm an Weltmarktführern ist, kann man bei sowas nicht länger zugucken.“ Der Anlauf in den Landtag sei auf Anhieb gut gelungen, wobei der Kreis Olpe traditionell kein schlechtes Pflaster für die CDU sei. Trotzdem hat Ritter es nicht langsam angehen lassen: „Ich habe mir im Wahlkampf die Hacken abgerannt, und ich will auch nicht nachlassen.“

Um dafür fit zu bleiben, treibt Ritter gerne Sport. „Ich habe einiges verletzungsbedingt sein lassen müssen, von Fußball über Tennis bzw. Badminton bis Skilaufen, aber ein wenig

geht noch.“ Im Sauerland fährt er gerne Mountainbike, am Rhein hat er das Laufen wieder angefangen.

Apropos: Spaß hat er an allem, was mechanisch läuft: Uhren mit Handaufzug, Plattenspieler mit Riemenantrieb, Autos mit Boxer-Motoren. Und so hofft er, dass für ihn die Uhr im Landtag noch eine Zeit lang weitertickt. Auch nach der nächsten Wahl im Frühjahr 2022. *Jörg Löbker*

Zur Person

Jochen Ritter (53) ist seit 2017 Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags. Er ist seit 1999 Mitglied der CDU, war von 2012 bis 2016 Vorsitzender des CDU-Stadtverbands Olpe und ist seit 2015 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Olpe.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Als Kind war ich eine Leserratte, aktuell muss mich ein Buch schon packen, um es auf den Nachttisch zu schaffen. Zuletzt war das Frank Bötschs „Zeitenwende 1979“, weil darin eine Zeit beleuchtet wird, in der ich politisch allmählich wach geworden bin, und David Kehlmanns „Tyll“, weil ich sehr affin für sprachgewaltige Werke bin.

Welche Musik hören Sie gerne?

Entspannen kann ich am besten, wenn ich alte Platten aus Vinyl auflege, Dire Straits „Private Investigations“ oder U2 „One“. Auch für die ein oder andere Filmmusik kann ich mich begeistern, seien es Klaus Doldinger zu „Das Boot“ in der ursprünglichen wie der Techno-Version oder das Thema von Hans Zimmer zu Batman „The Dark Knight Rises“ – immerhin geht es um einen dunklen Ritter.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Zum Essen Käse in allen Variationen und Vanillepudding, zum Trinken Grapefruit-saft (sauer macht lustig), und 15 km von der Krombacher Brauerei entfernt wäre es verwunderlich, wenn kein Felsquellwasser im Angebot wäre.

Ihr liebstes Reiseziel?

Ich war noch niemals in New York ...

Kurz notiert

Konsularisches Korps

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 3. März 2020 das Konsularische Korps Nordrhein-Westfalen mit Mitgliedern aus rund 30 Nationen im Landesparlament begrüßt. Der Empfang diente dazu, die engen Beziehungen zu den Vertreterinnen und Vertretern von Staaten aus aller Welt zu pflegen und weiter zu vertiefen. In seiner Begrüßung betonte Kuper die Bedeutung des regelmäßigen Austauschs mit den Konsulinnen und Konsuln: „Die 110 konsularischen und diplomatischen Vertretungen in unserem Bundesland sind wichtige Ansprechpartner und erleichtern Kontakte in die vertretenen Staaten. Sie leisten einen wertvollen Beitrag, indem sie Brücken schlagen und so unsere Länder einander näherbringen.“

„Haus der Geschichte“

Die Stiftung „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ hat am 12. Februar 2020 die Arbeit aufgenommen. Das Kuratorium wählte in seiner ersten Sitzung den Präsidenten des Landtags, André Kuper, zum Vorsitzenden der gemeinsamen Stiftung von Landtag und Landesregierung. Er wird in der ersten Hälfte der Amtsperiode des Kuratoriums den Vorsitz übernehmen, in der zweiten Hälfte übernimmt Ministerpräsident Armin Laschet, der zunächst zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Dem Kuratorium gehören die Mitglieder des Landtagspräsidiums, je ein Abgeordneter der im Landtag vertretenen Fraktionen, fünf Mitglieder der Landesregierung sowie je ein Mitglied der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe an. Das Kuratorium hat zudem die Stiftungssatzung erlassen und das künftige Präsidium der Stiftung berufen: Dr. Gabriele Uelsberg (Direktorin des LVR-Landes Museums Bonn), Professor Theodor Grütter (Direktor des Ruhr Museums Essen) und Professor Dr. Hans Walter Hütter (Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn).

Gestorben

8.2. Heinz Soénius (CDU/90)
MdL 1970–1990

22.2. Peter Daners (CDU/85)
MdL 1980–1985



Ein Löwentraut für den Landtag

Der junge Düsseldorfer Künstler Leon Löwentraut (kl. Bild, links) hat dem Landtag am 28. Januar 2020 ein Bild übergeben, das er eigens für das Landesparlament geschaffen hat. Das Werk trägt den Titel „Together for the future“ (Gemeinsam für die Zukunft) und hängt in der Wandelhalle in der Nähe des Eingangs des Plenarsaals – neben einem Werk von Jörg Immendorff. Der 22-Jährige hatte sich bei mehreren Besuchen vom Landtagsgebäude inspirieren lassen. Der Präsident des Landtags, André Kuper (kl. Bild, rechts), sagte bei der Übergabe: „Ich freue mich, dass er sich für das Parlament von Nordrhein-Westfalen mit der Architektur dieses Gebäudes befasst hat. Es steht mit seinen runden Formen und dem vielen Glas sinnbildlich für die Debattenkultur und die Transparenz der Demokratie. Die Mahnung der Kunst zur Freiheit ist von Politik nicht zu trennen. Und Demokratie ist dort am stärksten, wo sie keine Berührungängste mit Kunst hat.“ Fotos: Schälte

